

Gebührens Spirale dreht weiter

ABGABEN / *An der Nunninger Gemeindeversammlung herrschte Unmut wegen stetig steigenden Gebühren.*

NUNNINGEN. Das Budget 2003 der Gemeinde Nunningen sieht einen Ertragsüberschuss von 105 500 Franken vor. Auch das Rechnungsjahr 2002 werde mit einem vergleichbaren Erfolg abschliessen, erläuterte der Gemeinderat an der Gemeindeversammlung in Nunningen.

Der Steuerfuss bleibt unverändert bei 133 Prozent bestehen. Vom Budgettotal von 7,59 Millionen Franken sind für den Strassenunterhalt 225 000 Franken vorgesehen und für wichtige Investitionen sind netto 620 000 Franken reserviert, ohne dass sich die Gemeinde Nunningen neu verschulden müsste.

Die Lehrerbesoldungsbeiträge vom Kanton steigen und Nunningen erhält im nächsten Jahr erstmals 137 000 Franken Finanzausgleich aus Solothurn. Vom Bilanzfehlbetrag vor zehn Jahren über 1,2 Millionen Franken, besteht gerade noch eine Restschuld von 450 000 Franken, welche die Gemeinde bis ins Jahr 2005 tilgen muss.

Stiller Protest mittels Stimmenthaltung

Der Souverän genehmigte auch den Voranschlag 2003, das neue Abwasserreglement sowie den Bruttokredit für den Generellen Entwässerungsplan (GEP) über 330 000 Franken und auch einen Nachtragskredit für Mehrkosten für Sanierungsarbeiten an der

eigenen Abwasserkläranlage über 110 000 Franken. Allerdings nicht, ohne Murren oder den stillen Protest mittels einiger Stimmenthaltungen. Dem Souverän fiel an der Gemeindeversammlung auf, dass trotz gleichbleibendem Steuersatz von 133 Prozent die Gebührens spirale weiter nach oben treibt.

Steuern und Gebühren seien unter dem Strich dasselbe

Den Unterschied zwischen Steuern und Gebühren interessierten den Zahler kaum. Ob sich ein gutverdienender Neuzuzüger in Nunningen niederlasse, hänge vom Frankenbetrag unter dem Strich ab, stellte ein Votant fest.

Gemeindepräsident Kuno Gasser blieb bei diesen Geschäften nichts anderes übrig, als auf die Vorgaben und Vorschriften des Kantons hinzuweisen. «Wir befinden über Geschäfte, wo wir gezwungen sind zuzustimmen, also haben wir aber dazu nichts zu sagen», hielt ein Nunninger fest.

Der Gemeindepräsident widersprach dieser Feststellung nicht, liess aber den Kanton nicht gänzlich im Regen stehen. Kuno Gasser wies auf die eidgenössische Abstimmung über das neue Raumplanungsgesetz hin, welche das Volk angenommen habe. Der Kanton Solothurn setzte diesen Volksentscheid lediglich in die Realität um, sagte Gasser. (fha)